



© Maksim Kabakou

Projekt Kundendatenschutz mit Schwellenländern



合作伙伴
德国

DEUTSCHE ZUSAMMENARBEIT



cooperação
alemã

DEUTSCHE ZUSAMMENARBEIT

giz Deutsche Gesellschaft
für Internationale
Zusammenarbeit (GIZ) GmbH



Hintergrund

Die weltweite Verbreitung der Informations- und Kommunikationstechnologien bietet eine Vielzahl praktischer Innovationen für Verbraucher. Hierzu zählen neue Kommunikationswege ebenso wie der Zugang zu einem breiten Angebot von Waren und Dienstleistungen durch Online-Handel und Online-Payment.

Die Nutzung dieser Angebote birgt für Verbraucher jedoch auch Risiken. Grenzüberschreitender Datenhandel, ungewollte Verbreitung personenbezogener Informationen und Missbrauch von Zugangsdaten sind Probleme, die zu erheblichen persönlichen Beeinträchtigungen und wirtschaftlichen Schäden führen können.

Ein effektiver Schutz von Verbraucherdaten setzt, gerade im Hinblick auf die globale Vernetzung, eine internationale Zusammenarbeit unter Einbeziehung aufstrebender Schwellenländer voraus. Jüngere Entwicklungen im politischen, wirtschaftlichen und zivilgesellschaftlichen Umfeld verdeutlichen, dass das Bewusstsein für die Bedeutung des Verbraucherdatenschutzes in zentralen Schwellenländern wie China und Brasilien wächst.



Ziel

Das Projekt zielt darauf ab, die Voraussetzungen für eine Kooperation der Länder Brasilien, China und Deutschland im Bereich des Verbraucherdatenschutzes zu verbessern.

Laufzeit

Das Projekt wird im Zeitraum September 2013 bis März 2016 durchgeführt.



Vorgehensweise

Das Projekt schafft ein internationales Dialogforum als Grundlage für die enge politische und fachliche Zusammenarbeit zwischen Brasilien, China und Deutschland. Hierdurch wird der internationale Diskurs zum Verbraucherdatenschutz zwischen staatlichen, nicht-staatlichen und internationalen Akteuren unterstützt.

Die konzeptionelle Basis wird eine vergleichende Fachstudie zum Verbraucherdatenschutz bilden, die den Status quo in den beteiligten Ländern darstellen und vergleichen sowie Empfehlungen für die weitere Zusammenarbeit aussprechen wird. Die Ergebnisse der Fachstudie sind Grundlage für Maßnahmen der internationalen Kompetenzentwicklung, beispielsweise in Form eines E-Learning-Angebots und klassischer Trainingsveranstaltungen, als Fortbildungsinstrument für Verbraucherorganisationen und politische Entscheidungsträger sowie für die Verbraucherbildung im Kundendatenschutz.



Projektakteure

Auftraggeber und politischer Träger in Deutschland ist das Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz.

In China sind das *Cyberspace Administration of China* (CAC) / *State Administration for Industry and Commerce* (SAIC) und in Brasilien das Nationale Sekretariat für Verbraucher im *Ministry of Justice* (MoJ) die politischen Träger des Projekts. Darüber hinaus werden weitere nationale Projektakteure wie etwa Verbraucher- und Wirtschaftsverbände der beteiligten Länder in das Projekt integriert.

Daneben wird eine Reihe internationaler Akteure, wie das Komitee für Verbraucherpolitik der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD CCP), das *Global Privacy Enforcement Network* (GPEN) oder die Organisation *Global Partners Digital* (GPD) eingebunden.

Mit der Umsetzung des Projekts ist die Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH beauftragt, die mit *Consumers International* (CI), dem globalen Dachverband der Verbraucherorganisationen, kooperiert.

Impressum

Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ)
GmbH

Projekt Kundendatenschutz mit Schwellenländern

Dr. Jörg Binding
Projektleiter

Tayuan Diplomatic Office Building Room 1-13-1
No. 14 Liangmahe Nanlu, Chaoyang District
Beijing 100600, PR China

T +86 (0)10 8532 5506 (ext. 15)
+86 (0)10 8532 4758
F +86 (0)10 8532 4266
E cdp@giz.de

Dr. Ute Schmitt
Landesdirektorin, GIZ China

GIZ Office Beijing
Sunflower Tower Room 1100
Maizidan Street 37, Chaoyang District
100125 Beijing, PR China

Gefördert durch:



Bundesministerium
der Justiz und
für Verbraucherschutz

In Kooperation mit:



aufgrund eines Beschlusses
des Deutschen Bundestages